

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Vor der Parlamentsaison.

In der nächsten Woche tritt nach einhalbjähriger Pause der Reichstag wieder zusammen, um seine Sesson fortzusetzen und diesmal wohl auch zu beenden. An der Zusammensetzung des Parlaments hat sich während der sommerlichen Pause wenig geändert. Immerhin ist es zu begrüßen, daß die Parte durch die Erörterung von zwei Mandaten eine nicht unerhebliche Befestigung ihrer Majorität errungen hat.

Große Vorlagen von fundamentaler Bedeutung liegen dem Reichstage nicht vor und werden ihm voraussichtlich auch nicht zugehen. Aus dem vorigen Gesetzabschluß ist freilich noch zu ersehen, welche Vorlage über das Petroleumhandelsmonopol und über das Erbrecht des Staates sowie über die Einschränkung der Konkurrenzklause. Das Schicksal aller dieser drei Vorlagen ist noch ins Ungewisse gestellt; insbesondere scheint die Vorlage über das Erbrecht des Staates, die von der Regierung als einer der Bestandteile zur Deckung der großen Militärvorlage gedacht war, dem Machtschlag des Zentrums weichen zu müssen, das sich im Bunde mit den Konservativen seine Freundschaft mit den "lachenden Erben" nicht verschreibt will. Von neuen Vorlagen gibt es den Entwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, über die Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und über den Verkehr in den Lüsten. Bei der sozialpolitisch wichtigen Vorlage über die Sonntagsruhe wird es natürlich zu sehr lebhaften Erörterungen kommen, und das Zur und Wider der Interessenten wird auf die Stellungnahme der Reichstagsabgeordneten nicht ohne Einfluß sein, daß hier, wo die Wünsche und Forderungen sich vielfach diametral gegenüberstehen, ein alle Teile betreffendes Resultat nicht erzielt werden kann, darüber kann man sich schon jetzt klar sein. Es wird für den Gesetzgeber, der die berechtigten Interessen verschiedener Kreise gegen einander abzuwagen hat, darauf ankommen, für die Angestellten und Arbeiter einen guten Schritt vorwärts zu erreichen, ohne doch den Geschäftsinhabern, namentlich in den kleineren und mittleren Städten, durch allzu mechanische Handhabung der Vorschriften des Gesetzes in diesen schweren Zeiten eine Schwächung ihres Umlandes und damit ihres Verdienstes zuzuführen.

Außer den unvermeidlichen kleineren Gefahren, die dem Reichstage noch unterbreitet werden dürften, wird es dann der Staat sein, der die Tätigkeit des Reichstages wiederum für viele Monate in Anspruch nehmen wird. Es ist anzunehmen, daß die militärischen und wohl auch die maritimen Forderungen des Staats sich in dem Rahmen der durch die früheren Gelehrten vorgeschriebenen Grenzen halten werden, daß aber für die Kolonien umfangreiche Bahnbaute in den Staat eingesetzt sind. Wir haben demnach größere Kolonialdebatten zu erwarten, und das ist gleichbedeutend mit der Einsetzung eines unsicheren Faktors in die parlamentarisch-politische Rechnung. Bei Kolonialdebatten weiß man in Deutschland nie, was dabei schließlich herauskommt! Dem Bau neuer Kolonialbahnen, die das Innere der erworbenen Länder aufschließen sollen, steht der Reichstag bekanntlich seit einiger Zeit grundsätzlich mit Sympathie gegenüber, es wird natürlich im einzelnen darauf ankommen, wie die angeforderten Bahnen aussehen, d. h. wirtschaftlich zu bewerten sind.

Dem äußeren Antheile nach müsse, alles in allen, die bevorstehende Tagung des Reichstagsamenits sich in ruhigen Bahnen bewegen und wenig aufregende Momente bringen. Aber es liegt doch eine Menge Bündstoff in der Luft. Die schlechte wirtschaftliche Lage, die wachsende Arbeitslosigkeit, die Kriegs-Affäre und die immer noch fristige auswärtige Lage — alle diese Momente bieten Stoff genug zu Interpellationen und lebhaften Aussprachen beim Staat und bei anderen Gelegenheiten. Man darf auch annehmen, daß das Scheitern der Medeburger Verfassungsreform ernst zu dem Antrage führen wird, von Reichs wegen verfassungsmäßige Zustände in den Bundesstaaten herbeizuführen, und damit wäre die Wahlrechtsfrage auch im Reichstage wieder in Fluß gebracht. Es kann nicht fehlen, daß bei dieser Gelegenheit von der Linken mit vollem Nachdruck die lange verhexte, aber noch nicht gegebene Reform des preußischen Wahlrechts und die unabdingt notwendige Neuerteilung der Reichstagswahlkreise angeknüpft wird, wobei es bei dem Widerstand der Rechten und der Regierung zu lebhaften Szenen kommen kann. Leider hat ja die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg nur das Juratrum zum deutschen und preußischen Volke, daß es große Opfer im Vaterländischen Interesse willig auf sich nimmt, aber nicht das, daß es von einem gerechten Wahlrecht einen guten, dem Staat förderlichen Gebrauch machen werde.

Ohne heftige Erörterungen, ohne schärfere Kampf der Meinungen hin und her wird es auch in diesem Reichstage nicht abgehen. Schon die angekündigten Interpellationen über die Berichtigung gegen Arbeitslosigkeit und über die Ausmerzung des Herrn Liebknecht aus der Rüstungskommission, werden gleich bei Beginn der Session eine muntere Tonart in die Verhandlungen bringen. Die fortschrittliche Volkspartei wird wiederum eine schwere, aber dankbare Aufgabe vorfinden, nämlich die, in der Gesetzgebung präzise Politik für Gegenwart und nächste Zukunft zu treiben und dem Wünschen und Fühlens des Volkes nach Erweiterung seiner Rechte bedingenden Ausdruck zu verleihen. Die Partei wird Gelegenheit genug haben, sich zu bewähren als der freue Elchard der Volksempfindungen und des Volkswillens.

Aus Mexiko nichts Neues.

Die Nachrichten über den Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der mexikanischen Bundesrepublik fehlt es nicht. Aber sie sind alle ungünstig; denn die wenigen, die Genaues sagen können, hüllen sich in Schweigen. Präsident Wilson erklärte am Montag gegenüber den Sensationsmeldungen der New Yorker Blätter, daß dem amerikanischen Geschäftsträger in Mexiko weder die Päpfe zugestellt worden seien, noch daß er den Auftrag erhielt, abzureisen. Der Präsident gab zu verstehen, daß die schwierige Lage in der Stadt Mexiko doch nicht das Vertrauen der Unionstaaten zu einer friedlichen Lösung der mexikanischen Frage verhinderte. Nach einem Newyorker Telegramm ging die Nachricht ein, daß Huerta zurückzutreten beabsichtige, sobald der Kongress zu seiner regelmäßigen Session versammelt ist. Die Nachricht stützt sich auf eine Bemerkung, die einem Mitgliede der neuen Deputiertenkammer gegenüber gemacht sein soll. Die für die Beschlußfähigkeit des Oberhauses genügende Zahl von Senatoren ist nun mehr gesichert. Man vermutet in Mexiko, daß der Kongress am Donnerstag zusammentreffe. Wenn also bis dahin die Rebellen nicht entscheidende Fortschritte gemacht haben, die alle bisherigen Rechnungen wieder umwerfen, wird man am Donnerstag Abend klarer sehen. Eder auch nicht:

Keine Gefahr für die Fremden.

Berlin, 18. November. Wie der "A. A." an zuständiger Stelle erzählt, besteht laut funktelegraphischer Meldung des Kreuzers "Nürnberg" für die Deutschen in der an der Westgrenze Mexicos gelegenen Stadt Mazatlan keinerlei Gefahr. In dem dorthin fahrenden Dasein liegen außer der "Nürnberg" zwei amerikanische Kriegsschiffe und ein Kanonenboot der mexikanischen Regierung.

London, 18. Nov. Einer Washingtoner Depeche zufolge soll der deutsche Gesandte in Mexiko v. Hinde gesagt haben, daß für die Fremden in Mexiko kein Grund für Beunruhigung vorliege, da man gegenwärtig einen Plan in Vorbereitung habe, der bewirkt, Intervention unnötig machen dürfte. Im Gegenzug sieht allerdings eine andere Nachricht, welche behauptet, daß Fremde, die von kleinen Städten im Innern Mexikos nach der Stadt Mexiko zurückkehren, besonders pessimistische Schilderungen über die Lage im Lande gegeben haben.

Die Rebellen in Juarez.

New York, 17. November. Nach einem Telegramm aus El Paso sind in Juarez seit Einnahme der Stadt am Sonnabend elf Personen von den Aufständigen getötet worden. Rebellenoffiziere geben zu, daß eine Anzahl der Toten noch unbekräftigt auf dem Kirchhof liegen, wo sie fielen. Dort befinden sich über 20 Leichen, die nach der Behauptung amerikanischer Bewohner die Zahl der erschossenen Bundestruppen darstellen.

Serbisch-türkische Schlafverhandlungen.

Aus dem Knäuel der im Londoner Preliminarschieden vorbereiteten endgültigen Friedensschlüsse zwischen der Türkei und ihren einstigen Vasallenstaaten auf der Balkanhalbinsel sind noch die Abmachungen mit Serbien und Montenegro übrig geblieben. Nachdem Griechenland befriedigt ist, begannen am Montag Nachmittag in Konstantinopel die türkisch-serbischen Friedensverhandlungen zwischen dem Rechtsbeistand der Porte Reschid Bey und dem serbischen Delegierten Pavlowitsch. Der Minister des Innern Talaat Bey wohnte der Eröffnung der Sitzung bei. Der Gesandtaustausch bezog sich auf Fragen, die Gegenstand des neuen Friedensvertrages sein sollen, der sich im wesentlichen auf den türkisch-bulgarischen und den türkisch-griechischen Vertrag gründen wird.

Allerlei vom Balkan.

Der serbische Kronprinz ist in Begleitung des Ministerpräsidenten Pašić nach Monastir abgereist, um an den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der Befreiung Monastirs teilzunehmen.

Die griechischen Behörden in Saloniki weigern sich entschieden, die Pässe jener früheren ottomanischen Staatsbürger zu visieren, die während der Okkupation von Mazedonien durch die Griechen die Zugehörigkeit zu anderen Staaten erworben haben.

In Anwesenheit der Botschafter Russlands und Englands wurden Montag in Konstantinopel seitens des Großwesirs und des persischen Botschafters das Protokoll über die endgültige Regelung des türkisch-persischen Grenzstreites unterzeichnet. Die Grenzkommission begibt sich an Ort und Stelle, um die Abgrenzung durchzuführen.

König Konstantin von Griechenland empfing die französische Militärmision mit General Gendoux an der Spitze und übertrug den Mitgliedern der Mission die griechischen Vizezirspatente persönlich.

Bukarest, 18. November. Die hier eingetroffene russische Mission reiste heute früh nach Sinaia ab, wo sie vom König empfangen werden wird. Gestern Abend nahmen die Mitglieder der Mission an einem von dem Kriegsminister gegebenen Bankett teil.

Sofia, 18. November. Der Minister des Äußern Gheneviéw reiste heute ab, um dem in Roburg weilenden König Ferdinand Bericht zu erstatten.

Deutsches Reich.

Kolonow in Berlin. Bei dem am Montag zu Ehren des Ministerpräsidenten Kolonow und seiner Gemahlin vom russischen Botschafter in Berlin Sverbejew veranstalteten Diner nahmen u. a. Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit Gemahlin, Staatssekretär Kühn, Unterstaatssekretär Dr. Zimmerman, Geh. Legationsrat Graf Wedel, Ministerialdirektor Davydow und Baron Nagyfüll teil.

Aus Paris wird der "A. A." gedreht, daß Kolonow dem Mitarbeiter eines Petersburger Blattes sagte, es sei ihm gelungen, die Einwilligung der französischen Regierung zum Abschluß der russischen Eisenbahnleihe in Höhe von 500 Millionen Rubel zu erhalten. Offiziell der armenischen Reformen sei die französische Regierung mit Rusland einig, daß die Reformen unter Kontrolle aller Mächte, nicht nur Ruslands und Frankreichs durchgeführt werden müßten. Zweifellos wird dieser Punkt auch in Berlin besprochen werden.

Um die bayerische Ziviliste. Mit seiner Vorlage über die Erhöhung der bayerischen Ziviliste scheint sich das Kabinett Hertling böse in die Nefeln gefegt zu haben. Die liberalen bayerischen Zeitungen betrachten die gegenwärtige Lage nach wie vor als eine richtige Hertlingskrise. Ludwig Thomas schreibt an die "Münchener Neueste Nachricht":

Wenn dem Volk nicht jedes Vertrauen zu seiner Vertretung genommen werden soll, darf die liberale Partei diesem Ministerium die Erhöhung der Ziviliste nicht genehmigen. Sie hat die Gelegenheit, ein letztes Mal zu zeigen, daß sie an ihre Sache glaubt, daß sie unbedingt für politische Reinlichkeit ein will. Wenn ihre Vertreter wieder nicht den Mut finden, Vorführer der Berichtigung dieses Regierungssystems zu sein, dann muß sie mitschuldig an der Verwirrung aller Begriffe von Recht und Rechtlichkeit. Und sie werden der liberalen Idee, der zu dienen sie versprochen haben, für lange Zeit alle Kraft nehmen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß der Kampf um die Ziviliste sich scharf zugespitzt hat. Indessen ist es einstweilen doch sehr wenig wahrscheinlich, daß darüber Hertlings Zentralherrschaft in Trümmer gehen sollte.

Nicker-Geburtstagsfeier. Der Ortsverband Groß-Berlin des Hansabundes feierte gestern an einem außer-

zahlreich besuchten Festlommers den 60. Geburtstag des Hansabundpräsidenten Dr. Rießer. Kaufmann Cassierer bewilligte die Gäste und schloß seine Begrüßungsansprache mit einem enthuastisch aufgenommenen Hoch auf das Geburtstagskind.

Dr. Stresemann würdigte dann Rießer als Führer des deutschen Volkes auf wissenschaftlichem, politischem und volkswirtschaftlichem Gebiet und schubte als die Errungenen des Hansabundes die Anbahung eines Ausgleichs aller wirtschaftlichen Kräfte und die vertraulichste Zusammenarbeit aller Mitglieder des erwerbstätigen Bürgertums. Die Rede klang in ein Hoch auf den Hansabund aus. Von Präsident Rießer wurde aus Jüngheim ein Begrüßungstelegramm gesandt, das von der Festveranstaltung umgehend antwortet wurde. Das Telegramm Rießers lautete:

Allen denen, die am heutigen Tage an dem ich das 60. Lebensjahr vollende, sich festlich versammelt haben, möchte ich sagen, daß ich dieses Zeugnis freundschaftlicher Gesinnung dankbar und freudigen Herzens als eine überaus hohe Ehre empfinde. Der von uns geführte Kampf ist uns nie Selbstzweck gewesen, er ist der durch den Übermut unserer Gegner uns aufgedrängte notwendige Weg zum Frieden nach innen und zur Förderung der Macht und des Ansehens unseres geliebten Vaterlandes nach außen. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir aller Differenzen in Nebenfragen vergessen, einheitlich, solidarisch und eiferwillig die politische Macht erstreben, um von Macht zu Macht mit den politischen Gegnern verhandeln zu können. Diesen Gegnern gehörte die Vergangenheit, ihnen gehört noch zum größten Teil die Gegenwart, unser aber ist die Zukunft!

Eine eigenartige politische Ansprache an die Studenten hat bei der öffentlichen Immatrikulation am Sonnabend, wie berichtet wird, der Rektor der Universität Marburg, Geh. Justizrat Prof. Dr. Dräger, gehalten. Er erinnerte, dem "A. A." zufolge, an die ernste Zeit, besonders daran, daß der Kampf gegen den Erbfeind wohl früher oder später einmal ausgefochten werden müsse. „Wohin die gegenwärtige Versöhnungspolitik führt,“ so soll der Herr Rektor dann weiter gesagt haben, „hätten die Vorgänge in Babern gezeigt. Wir sollten uns nicht verhehlen, daß der Kampf mit Frankreich unausbleiblich sei.“ — Sollten diese Aeußerungen tatsächlich gefallen sein, so würde es sich um eine sehr bedeutsame politische Entwicklung handeln. Von politischem Urteil und politischem Takt würde darin jedenfalls keine Spur zu entdecken sein. Bismarck hat immer gelehrt, Politik sei keine Wissenschaft, sondern eine Kunst, — die Kunst des Möglichen. Es will scheinen, daß Politik auch nichts für manchen zünftigen Vertreter der Wissenschaft ist. Was deines Amtes nicht ist, da läßt deinen Vorwitz, würde es in solchen Fällen berechtigterweise heißen müssen.

Ausland.

Frankreich.

Wahlreform. Die französische Kammer nahm in einer ziemlich regen Sitzung am Montag zur Wahlreform einen Paragraphen mit 350 gegen 16 Stimmen an, der besagt, daß jeder Wahlkreis auf 22500 ein geschriebene Wähler einen Deputierten wählt und darüber auf jeden Bruchteil, der größer ist als 11250 gleichfalls einen. Der Minister des Innern Klop erklärte, dies vermindere die Abgeordnetenzahl auf etwa 520. Der Minister verteidigte den Vorschlag der Wahlkommission, wonach die Zahl der Sitze nach der Einwohnerzahl berechnet werden sollte. Die Kammer entschied jedoch mit 296 gegen 251 Stimmen für die Berechnung nach der Zahl der Wahlberechtigten.

Die große Anleihe. In der Budgetkommission der Kammer bestand Finanzminister Dumont auf der Dringlichkeit der Beschlüsse über die Anleihe, da eine Verzögerung die Unterbringung am Markt schwierig wenn nicht unmöglich machen könnte. Dumont, der nebenbei auch von militärischen Ausgaben sprach, gab an, daß die für Kasernenbau zu notwendigen Kreide eine Höhe von 580 Millionen erreichen würden und nicht eine solche von 440 Millionen, wie man ursprünglich annahm. Auf alle Fälle hofft der Minister, die Ziffer von 1300 Millionen auf den Betrag der Anleihe aufrecht erhalten zu können.

Paris, 18. November. Der republikanisch-sozialistische Deputierte Breton und der Radikale Morin brachten eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung ein. Die Erörterung erfolgt zweifellos in kurzem, da das Ministerium, insbesondere angehört der Beschlüsse des Radikal-Kongresses von Paul Bert daran legt, über die parlamentarische Lage vollständige Klarheit zu schaffen.

Italien.

Der Papst gegen die Wiederaufrichtung seiner weltlichen Herrschaft. Nach einer Draftmeldung aus Rom hat Papst Pius X. am Montag vor aller Öffentlichkeit seine Abneigung gegen eine Wiederaufrichtung der weltlichen Papsttherrschaft in einer Weise kundgegeben, die großes Aufsehen in den vatikanischen Kreisen hervorgerufen hat. Der Vortrag wird folgendermaßen dargestellt:

Während sich der Papst nach der liturgischen Kapelle begab, um dort eine Messe zu feiern, brachten ihm Bürger eine große Huldigung dar. Als aber zwei dazu begeisterte Getreue laut riefen: „Es lebe der Papst! König!“, wollte der Papst ganz energisch ab und rief dreimal mit erhobener Stimme: „nein, nein, nein!“ Der Festzug wich plötzlich einem neuen Schweigen, während der Papst jegndem weitertrat.

Dass Pius X. in dem Verlust des Kirchenstaates eher einen Gewinn als einen Verlust für die katholische Kirche erblicken mag, ist nach der ganzen Art seiner Persönlichkeit und Gedankentrichtung wohl zu glauben. Das wird seinen Klerus und dessen politische Gesellschaft indes nicht hindern, auch weiterhin papistischer zu sein als er selbst.

Telegraphische Tagesnotizen.

In Budapest wurde Montag unter großer Beteiligung des Publizums der vierzigjährige Gedenktag der Vereinigung der Städte Ószen und Pest zur Hauptstadt Budapest gefeiert.

Entgegen anders lautenden Gerüchten erklärt die römische „Tri-buna“, daß kein italienischer Offizier in die Spionage angelegenheit Menozzi verwirkt sei.

Der gemahregelte französische General Faure veröffentlichte seine Berichte seiner Vorgesetzten über seine Mandatserfüllung und weist diese Kritiken in eingehender Weise zurück.

Der Ausschuss des Bergarbeiterverbands in Lens beschloß, die Bergleute in einem Aufruhr zum Gesamtstande